

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Plenarsitzung vom 24.09.2012

Es gilt das gesprochene Wort

Stellungnahme der ProDG-Fraktion zu den Zustimmungsdokumenten (Dok 114, 115, 118, 119,)

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament,

ich werde als letzter Redner nicht noch einmal erklären, was DBAs und TIEAs sind, das ist ausführlich und teilweise engagiert durch meine Vorredner getan worden.

Nur einige Grundprinzipien möchte ich noch einmal in den Vordergrund rücken.

- Steuern zahlen ist für niemanden angenehm, weil man durch die Abgabe des Geldes auch die Entscheidungshoheit über die Verwendung dieses meist sauer erwirtschafteten Geldes abgibt.
- Steuereinnahmen sind für den Staat oder seine Organe aber unerlässlich, da anderenfalls ein Gemeinwesen nicht zu organisieren und zu finanzieren wäre.
- Folglich kommt es auf das WIE an, wie Steuergelder erhoben und verwendet werden. Und dieses WIE hängt oft mit dem WO zusammen, das erfahren wir Anrainer mehrerer Landesgrenzen oft und nicht selten schmerzlich.

Daraus ergeben sich m.E. folgende drei Grundsätze:

1. Jeder muss gemäß seinen Möglichkeiten zum Gemeinwohl beitragen, der Starke etwas mehr, der Schwächere entsprechend weniger. Steuerflucht, ob im großen Stil und scheinlegitimiert oder in Peanutsgröße und als Kavaliersdelikt betrachtet, schadet dem Gemeinwohl und ist demzufolge strafbar.
2. Aber es muss Steuergerechtigkeit geben: Niemand darf auf ein Einkommen doppelt besteuert werden, die Steuersätze müssen so gestaltet sein, dass es nicht zu ungerechten Verzerrungen kommt und dass eine Einkommensgruppe auf Kosten einer anderen lebt. Es darf nicht so sein, dass der Eine ohne nennenswerte Anstrengung immer reicher wird während der Andere immer härter schuften muss und trotzdem zunehmend ärmer wird. Diese Situation beschäftigt uns alle seit Beginn der Globalisierung der Wirtschaft noch stärker als je zuvor.
3. Die Verwalter dieser Steuergelder, die Gesetzgeber und die Regierungen, müssen die Gelder sinnvoll, gerecht, solidarisch, verantwortungsvoll, zukunftsfähig und nachhaltig einsetzen.

Das alles klingt logisch, einleuchtend und richtig. Und wenn es so einfach wäre, wie es sich anhört, wäre Politik ein Kinderspiel und unsere Gesellschaft ein Utopia.

Weil es aber nicht so ist, muss es DBA, Doppelbesteuerungsabkommen geben, wobei der Name schon eine Katastrophe ist, denn es sind eigentlich Abkommen **zur Verhinderung von Doppelbesteuerung**:

Ob wir den Protokollen zu den elf DBAs und zu den weiteren, die noch folgen werden, hier zustimmen müssen oder nicht, ob es in der Gesamtheit um gemischte Verträge geht oder nicht und ob die ursprünglichen Abkommen auch ausreichen würden oder nicht, die feinen Unterschiede zwischen den einzelnen Abkommen mit ver-

schiedenen Ländern – all das sind knifflige, juristische Auslegungsfragen, mit denen sich u.a. ja auch der Staatsrat befasst hat.

Wesentlich für uns ist, dass wir – gerade als Parlament der DG – allem getrost zustimmen können, was dazu beiträgt, dass unsere Bürger für ihr Einkommen nicht doppelt besteuert werden dürfen. Auch ist es in unserem Interesse eine größtmögliche Vereinheitlichung und Harmonisierung der Systeme zu fördern. In diesem Sinne gibt die ProDG-Fraktion den elf heute auf der Tagesordnung stehenden Zustimmungsdokumenten ihre Ja-Stimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Alfons Velz

ProDG-Fraktion